
FDP Bruchköbel

JUGENDLICHE ZUM THEMA MACHEN – FDP-FRAKTION FORDERT RUNDEN TISCH MIT FACHBEHÖRDEN

11.02.2013

Die FDP Fraktion in Bruchköbel fordert in der nächsten Stadtverordnetensitzung den Bürgermeister zur Einberufung eines Runden Tisches zum Thema Jugendliche in Bruchköbel auf. Anlass sind unter anderem die Versammlungen von Jugendlichen auf dem Parkplatz vor dem Rewe-Markt am Inneren Ring, die sich im Umfang in den letzten Jahren deutlich verstärkt haben. Auffällig war meist der große Anteil von alkoholisierten Jugendlichen. Durch die Größe der Ansammlung kommt es nicht nur zu Behinderungen bei der Zu- und Abfahrt der dortigen Parkplätze sowie der REWE-Kundschaft sondern – stetig wachsend – auch zu weitergehenden Delikten (z.B. Gefährdungen durch geworfene Glasflaschen und Sachbeschädigungen) und weiteren Straftaten im Umfeld. Für die nächsten Feste im Bereich der Innenstadt sind nach den Erfahrungen der Vergangenheit ähnliche Versammlungen zu erwarten. Die Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Sylvia Braun ist der Ansicht, dass hier schon seit längerer Zeit Handlungsbedarf von Seiten des Bürgermeisters besteht.

Ziel sollte nach Willen der FDP-Fraktion eine von allen akzeptierte Verlagerung des Treffpunktes sein. Die städtischen Festivitäten müssen mit und für die Jugendlichen der Stadt gestaltet werden, damit hier künftig keine Parallelveranstaltungen mit unerwünschten Nebenwirkungen mehr entstehen müssen. Deshalb darf nicht nur an den Symptomen gearbeitet, sondern vor allem gemeinsam mit den Jugendlichen Ursachenforschung betrieben werden, um pragmatische Lösungsmöglichkeiten zu finden. Hierfür ist eine Beratung durch externe Fachbehörden wie das Jugendamt des Main-Kinzig-Kreises, das städtische Jugendreferat und den Jugendkoodinator der zuständigen Polizei, unerlässlich. Projektbezogene und zeitlich befristete Runden dieser Art haben sich in der Vergangenheit bereits bei ähnlichen Herausforderungen in anderen

Kommunen nachhaltig bewährt und können sich auch für die Jugendlichen in Bruchköbel langfristig nur positiv auswirken, so die FDP.